



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/56 - 7. März 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Eröffnung der internationalen Wiedervereinigungsdebatte mit der Sowjetnote vom 10. März 1952	S.1
Um Frankreichs künftigen Kurs	S.3
Nochmals - Gedanken zur Woche der Brüderlichkeit	S.5
Landsmannschaften und Wehrpropaganda	S.7

Vier Jahre Scheingefecht um die deutsche Einheit

Von Herbert Wehner, M.d.B.

"Am 10. März 1952 richtete die Moskauer Regierung an die Westmächte eine Note, von der ein neuer Abschnitt der Weltpolitik hätte ausgehen können. In dieser Note bot Russland an, Deutschland solle wiedervereinigt werden und eine Nationalarmee erhalten, wenn es keine militärischen Bindungen mit anderen Staaten eingehe. Der Hintergrund war der offensichtliche Wunsch der Sowjetunion, die Westgrenze des Ostblocks vor jedem militärischen und diplomatischen Druck zu entlasten, damit die Regierung sich dem Ausbau der durch Verplanzung schwer gestörten Wirtschaft zuwenden könne. Ob das Moskauer Angebot, diesen Ziel sogar die Bastion Mitteldeutschland zu opfern, ernst gemeint war, hat sich bis heute nicht feststellen lassen. Es gibt darüber Vermutungen und Wahrscheinlichkeitsschlüsse - nicht mehr, weil es damals zu Verhandlungen nicht gekommen ist. Der Westen beschloss nämlich, die Moskauer Regierung gar nicht auf die Probe zu stellen." So Paul Sethe am 24. August 1955, damals noch in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung."

Seit jenem 10. März sind also vier Jahre eines fruchtlosen Notenwechsels und vergeblicher internationaler Konferenzen vergangen. Die Situation ist heute, zum mindesten was die deutsche Wiedervereinigung betrifft, wesentlich schlechter als damals. Vollends mit der Genfer Herbstkonferenz 1955 geriet die deutsche Frage in eine Sackgasse, aus der man, verläuft die internationale Politik weiterhin auf den gewohnten Bahnen, keinen Ausweg erkennen kann. Die Erkenntnis, dass in

den zurückliegenden Jahren viel versäumt worden ist, hat ständig zugenommen und ist heute weiter verbreitet als jemals zuvor seit dem Frühjahr 1952 - in der Bundesrepublik, wie im westlichen Ausland. Sie hat gerade in den jüngst vergangenen Tagen und Wochen in kurzen Abständen immer neuen Ausdruck gefunden, den deutlichsten zuletzt in der Rede des französischen Außenministers Pineau vor der amerikanisch-englischen Pressevereinigung in Paris am 2. März.

Wenn es nur um die Sache, eben die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit geht, wird vielleicht sagen: Wollen wir uns nicht bei vergangenen Irrtümern und Versäumnissen aufhalten, es kommt alles darauf an, in die Zukunft zu blicken und eine möglicherweise anwendbare Methode zur Erreichung des grossen Zieles trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände zu erarbeiten. Gewiss. Aber hier ergibt sich ein direkter Zusammenhang zwischen den Versäumnissen der Vergangenheit und den Notwendigkeiten der Zukunft im Sinne des Wortes von den Fehlern, aus denen man lernen muss. Die vierjährige Wiederkehr jenes 4. März ist ein recht geeigneter Anlass. Geht man diese Jahre mit dem Blick auf das durch, was in der Frage Wiederherstellung der deutschen Einheit von westlicher Seite versäumt worden ist, so ergibt sich ein deprimierender Katalog von verpassten Gelegenheiten.

Katalog der Versäumnisse

Es handelt sich dabei vor allem um die folgenden Punkte:

- 1.) Das Fehlen einer Initiative der Bundesregierung, durch die die Westmächte zur gründlichen Behandlung der erwähten Ausgangsnote der Sowjetunion vom 10. März 1952 hätten gedrängt werden müssen. Die Regierung verzichtete darauf im Sinne der Feststellung des Regierungs-Bulletins vom 30. Dezember 1955, es habe zu keiner Zeit eine diskutabile Grundlage für vernünftige Wiedervereinigungsgespräche mit den Sowjets gegeben. In Wirklichkeit haben Westmächte und Bundesregierung während der ganzen Zeit seit dem März 1952 veräuht, die sowjetische Regierung beim Wort ihrer damals gemachten Vorschläge und auch Zugeständnisse zu nehmen.
- 2.) Der Verzicht der Bundesregierung während der Berliner Konferenz Januar/Februar 1954 auf den Versuch, die Westmächte zu bewegen, das Problem der europäischen Sicherheit mit dem der Wiedervereinigung als ein zusammengehöriges Ganzes zu behandeln und Verhandlungen über den militärischen Status des wiedervereinigten Deutschlands zu führen. Auf der zweiten Genfer Konferenz war dieses Funktion dann Punkt 1 der Tagesordnung. Aber die Situation war im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung inzwischen sehr viel schlechter geworden. Verhandlungen

über den militärischen Status eines vereinten Deutschlands aber sind bis auf den heutigen Tag nicht geführt worden.

- 3.) Der Verzicht der Bundesregierung auf eine vorrangige Behandlung der Wiedervereinigungsfrage nach dem Scheitern der EWG Ende August 1954 und die Abwägung aller sozialdemokratischen Vorschläge im Bundestag, wenigstens parallel zu den Londoner und später zu den Pariser Verhandlungen über eine Ersatzlösung für die EWG konkrete Bemühungen um Viermächte-Verhandlungen über die Wiedervereinigung anzustellen.
- 4.) Das Unterlassen jedes Versuches der Bundesregierung, die im November und Dezember 1954 von Moskau und den Ostblockstaaten für den Fall des Verzichts auf die Eingliederung der Bundesrepublik in NATO gegebenen Zusicherungen und die am 15. Jan. 1955 von Molotow erklärte Bereitschaft zur Zustimmung zu freien Wahlen unter internationaler Kontrolle auf ihren konkreten Verhandlungswert zu prüfen.
- 5.) Der Verzicht der Bundesregierung auf eigene diplomatische Sondierungen und Vorschläge bei allen vier Regierungen im Hinblick auf die beiden Genfer Konferenzen im Jahre 1955. Damit zusammenhängend die Weigerung der Bundesregierung, ihre NATO-Mitgliedschaft und die sich aus den Pariser Verträgen ergebenden Verpflichtungen insoweit zum Verhandlungsgegenstand machen zu lassen, als von deutscher Seite darauf hätte gedrängt werden müssen, dass die westlicher Vertragspartner den Mächten des Warschauer Paktes vorschlagen, die militärischen Verpflichtungen der Bundesrepublik einerseits und der DDR andererseits Zug um Zug zu lösen, um sie zu ersetzen durch Verpflichtungen des wiedervereinigten Deutschland in einem von beiden Seiten der Weltmächte getragenen Sicherheitssystem.
- 6.) Die Weigerung der Bundesregierung, mindestens zur Genfer Außenministerkonferenz den Vorschlag zu machen, durch eine Viermächte-Rahmenvereinbarung klarzulegen, in welchen, in den Rahmen der Viermächte-Verantwortlichkeit gehörenden, ganz Deutschland betreffenden Fragen die beiderseitigen deutschen Behörden Abkommen technischer Art über den innerdeutschen Verkehr und den Austausch über die Zonengrenzen abschließen können, ohne die Viermächte-Verantwortlichkeit zu verletzen.
- 7.) Der demonstrative Verzicht der Bundesregierung auf die Ausnutzung des selbstgeschaffenen direkten Kontaktes mit Moskau zur Sondierung der tatsächlichen (und nicht nur vornehmlich propagandistisch bestimmten offiziellen) sowjetischen Vorstellungen über die Bedingungen für eine Zustimmung zur Wiedervereinigung - Sondierung, die mit voller Unterrichtung der westlichen Partner erfolgen sollten und könnten. Der Verzicht erfolgte, obwohl der Bundeskanzler selbst die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Moskau in direkten Zusammenhang mit

der Frage der deutschen Einheit gebracht hatte.

Passivität als Programm

Nun wird immer wieder gesagt, auch oder gerade die Haltung der Sowjetunion habe in diesen ganzen Jahren keine konkreten Anhaltspunkte für ein praktisches Verständnis im Hinblick auf die Auffassungen des Westens ergeben, im Gegenteil, sie habe sich erheblich versteift. Das trifft zu. Aber die Russen haben das sehr frühzeitig und unmissverständlich für den Fall angekündigt, dass gewisse politische Tatsachen vom Westen geschaffen werden sollten (wie der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und zu den Pariser Verträgen), sie haben im Prozess des Wettübertens aufgeholt und sie sind es ja schliesslich, die als Besatzungsmacht von Mitteleuropa sehr wesentlich den Preis mitzubestimmen haben, den sie für die Freigabe dieses Gebietes glauben verlangen zu können. Ob diese Haltung "berechtigt" ist, bleibt dabei sehr gleichgültig. Man muss die Tatsachen sehen und berücksichtigen. Das sollten vor allem diejenigen tun, die immer wieder betonen, die Sowjets verstärken nur die harte Sprache der Tatsachen.

Die aufgezeigten Punkte sind eine Reihe schuldhafter Versäumnisse der Bundesregierung bei der Behandlung der Wiedervereinigungsfrage. Dabei ist es im Zusammenhang der Untersuchung dieser Schuldfrage von nachgeordneter Bedeutung, ob Versuche, auf die man verzichtet hat, erfolgreich gewesen wären. Entscheidend für die Beurteilung des Verhaltens der Regierung ist allein, dass sie unterblieben.

Der Außenminister von Brentano hat dazu nach der zweiten Genfer Konferenz nichts anderes zu sagen gewusst, als dass nach "seiner festen Überzeugung" der bisherige Weg der Bundesregierung der einzige sei, zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zu kommen. Diesen Weg hat er kürzlich dann in Frankfurt am Main dahin präzisiert, es sei unmöglich, ein Aktionsprogramm für die Verwirklichung der deutschen Einheit aufzustellen, "weil politische Entscheidungen oft von Inponderabilien abhängen, die niemand einkalkulieren könne". Das ist die Erhebung der Passivität zum politischen Prinzip und Programm.

Mollet nach London

Am kommenden Sonntag wird der Pariser Ministerpräsident Guy Mollet sich in London mit seinem britischen Kollegen Anthony Eden unverhalten. Die Einladung an Mollet, nach London zu reisen, kam wie der berühmte Blitz aus heiterem Himmel. Er war die Reaktion auf eine Rede, die Außenminister Christian Pineau in der vorigen Woche vor britischen und amerikanischen Journalisten in Paris hielt und von der jedermann wusste, dass sie den Überlegungen beinahe der Gesamtregierung entsprach, mindestens jedoch mit den Auffassungen des Sozialisten Mollet und des Radikalen Mendès-France (Staatsminister im Kabinett Mollet) übereinstimmte. Man muss sich daran erinnern, was Pineau sagte, um die Erregung zu begreifen, die eine so prompte Reaktion in London auslöst, dass Mollet gebeten wurde, sich doch, wenn es ihm irgend möglich sei, schnellstens nach London zu einer Aussprache zu begeben.

Pineau hatte klipp und klar erklärt, es gebe seit längerer Zeit keine wirklich koordinierte amerikanisch-britisch-französische Politik mehr. Er deutete an, dass die beiden westlichen Verbündeten - er sagte es nicht so schroff, jedoch unmissverständlich - wünschten, dass Frankreich, ja der ganze europäische Kontinent, soweit er dem Nordatlantik-Pakteystem (also der NATO) angehört, brav im anglo-amerikanischen Gleichschritt marschieren, besonders dann, wenn es um das Verhältnis zu den Ostblockstaaten geht. Er ärgerte ferner aus, dass am Ende derjenige bei der friedensersehenden Erdbevölkerung Erfolg haben werde, der vom Frieden spricht, nicht aber der, der immer wieder vom Kriegspotential redet. Und er verwies schliesslich darauf, dass die Interessen der beiden Verbündeten weder in Asien noch in Nordafrika denen Frankreichs angepasst sind; eher sei das Gegenteil der Fall.

Wenn man bedenkt, dass Pineau seine Rede vor anglo-amerikanischen Journalisten hielt, die ihrerseits auch noch andere Pressevertreter eingeladen hatten, so ist es verständlich, dass er seine Worte sehr genau überlegt hatte. Sie schlugen wie eine Bombe ein. Sie schlugen so ein, dass die britische Regierung sofort reagierte - und sie hatte noch einen anderen Grund, so aktiv zu werden. Denn inzwischen hatte sich gezeigt, dass die anglo-amerikanische Idee, in Vorderasien eine

anti-sowjetische Militärfront mit Hilfe der arabischen Staaten zu errichten, auf heftigen Widerstand eben dieser Staaten gestossen war und die Entlassung der höchsten britischen Offiziere aus der von England finanzierten Arabischen Legion des Staates Jordanien veranlasst hatte. Frankreich aber hatte bereits vor einem Jahr vor dem Experiment dieser Front-Errichtung - als Bagdad-Pakt bekannt - gewarnt.

In Abwehr der Kreml - Diplomatie

Mit rein machtpolitischen, rein militärischen Überlegungen und Handlungen ist nach französischer Auffassung das Ost-West-Problem nicht zu lösen. Ebensowenig ist es damit zu lösen, dass den unterentwickelten Nationen Almosen gegeben werden. Die Moskauer Politik geht nicht von ausgesprochen militärischen Gedankengängen aus, sondern - und dies ist nach Pariser Auffassung das Beunruhigende - von diplomatischen. Moskaus Diplomatie hat in Ägypten Fuß gefasst mit dem Erfolg, dass diese Nation es ablehnt, im westlichen Gleichschritt zu marschieren; daraus wiederum ergibt sich die Einstellung anderer Länder arabischer Sprache, und schliesslich ist Moskau neuerdings auch ein Vorstoss im neu geschaffenen nordafrikanischen Königreich Lybien - das direkt an die französische Einflussphäre in Nordafrika angrenzt - gelungen. Moskau hat dort eine diplomatische Vertretung errichten können, obwohl das Land zum Verteidigungsbereich der NATO gehört und dort amerikanische Flugstützpunkte bestehen.

Die anglo-amerikanische Diplomatie hat nach der Auffassung nicht etwa nur Mollets und Pineaus, also der Sozialisten, mit zu deren Mitteln gearbeitet. So komme es, dass von einer Entspannung der weltpolitischen Atmosphäre kaum noch die Rede sein kann, und es müsse immer wieder versucht werden, mit dem Osten zu wirklich fördernden Gesprächen zu kommen, um einen echten modus vivendi zu finden. Bekanntlich sind Mollet und Pineau eingeladen worden nach Moskau zu reisen und wollen dieser Einladung - sowohl als Vertreter der Partei, wie in ihrer Eigenschaft als Regierungsmitglieder - im Mai Folge leisten. Sie also haben die Absicht, zu reden, zu verhandeln, aufzuklären. Das war auch die Absicht des einstigen Ministerpräsidenten Mandès-France gewesen, des heutigen Staatsministers.

Jedenfalls darf nicht übersehen werden, dass sowohl die Reise Mollets nach London wie der Vorstoss Pineaus in seiner Rede, die Zustimmung von Parteien finden, die weder der Regierung angehören, noch ihr unter allen Umständen wohlgesinnt sind.

Ein Gebot der Selbstachtung

I.D. Die finanzielle Wiedergutmachung an den Opfern des Dritten Reiches ist eine der Aktionen zur Tilgung einer Schuld, die schwer auf dem deutschen Volk lastet. Sie soll eine Rückerstattung des in seinem Namen gestohlenen Eigentums und eine Anerkennung des durch das Dritte Reich geschädigten Lebenswegs vieler Hunderttausender sein. Fast elf Jahre sind seit dem Ende des Hitler-Regimes - des Regimes, das das deutsche Volk mit so vielen Greuelthaten belastet hat - verstrichen, die Begleichung dieser Rechnung aber ist bis heute noch nicht abgeschlossen.

Gewiss, es gibt unter den sogenannten, über die ganze Welt verstreuten Emigranten aus Deutschland einige, die Fuss gefasst haben, denen es mit ein bißchen Glück und Satzkraft gelang, sich etwas Neues zu schaffen, vielleicht mehr, vielleicht weniger, als sie einstmal in Deutschland besessen haben. Sie sind die Starken, denen der Verlust der Heimat und damit auch die Entwurzelung in kultureller und geistiger Hinsicht nur wenig anhaben konnten. Doch das sind nur einige unter Vielen. Die Mehrzahl hat sich nie von diesem Schlag erholen und sich in die neuen Verhältnisse fügen können. Diese Menschen sind heute alt, arm und hoffnungslos.

Die Armut, in der sie heute leben, ist in ihrem Falle kein Phänomen, das zufällig entstand. Sie begann mit der Flucht aus Deutschland - der Flucht vor der Grausamkeit - und endet mit einem Leben der völligen Entfremdung von der alten und einer Nicht-Anpassung an die neue Umgebung. Die geistige Verarmung, die hier erfolgte, und die im gewissen Sinne die Grundlage für ihre materielle Not wurde, werden wir nicht mehr beseitigen können. Zu viel Bitterkeit, Enttäuschung und Hass versperrten den Weg zu ihnen. Doch die materielle Not, diese Not, die aller Wahrscheinlichkeit nie entstanden wäre, hätte das Dritte Reich nicht diese Menschen aus ihrer Heimat verjagt, können und müssen wir lindern. Wie sehr Eile not tut, mögen einige Beispiele beweisen.

Das Schicksal eines Berliners

Herr P. war Angestellter in einer grossen Berliner Fachfirma. Er verdiente 1933 800.--DM im Monat, eine stattliche Summe zur damaligen Zeit. Er hatte begründete Hoffnung, nach 20jähriger Tätigkeit zum Prokuristen der Firma aufzurücken. Ausserdem versprach die Firma eine Altersrente. 1938 musste er vor dem Terror fliehen. Er war einer der Glücklichen, der sogleich in London als Vertreter Arbeit fand. Er blieb Vertreter die ganzen Jahre hindurch. Heute ist er 60 Jahre alt. Er ist immer noch Vertreter, ohne dass er die geringste Hoffnung auf einen Aufstieg hätte. Im Gegenteil, der Lebenskampf ist unvergleichlich schwerer für ihn geworden. Er kann die Konkurrenz mit seinen jungen Kollegen nicht mehr aufnehmen. Seine ungenügenden, englischen Sprachkenntnisse befähigen ihn ausserdem nicht zu der Uebersetzerkunst, die sein Beruf erfordert. Er verdient im Durchschnitt wöchentlich etwa 90 Mark, eine Summe, die im teuren London knapp zum Leben reicht und die Frage nach der Alterssicherung völlig offen lässt. Während des Krieges wurde er durch eine W2 schwer verletzt und behielt ein Chren-

leiden zurück, das ihn wohl eines Tages zur Arbeitsunfähigkeit verdammen wird. Vor einem Jahr erhielt er einen kleinen Vorschuss auf seine Entschädigung. Heute ist er 60 Jahre alt, noch zu jung, um, wie das Entschädigungsamt meint, seine Entschädigung schon jetzt voll ausgezahlt zu bekommen. Es warten noch andere, die älter und kränker sind als er.

Die Witwe A. ist aber trotz ihrer 71 Jahre noch nicht für eine Auszahlung der ihr zustehenden Entschädigung für würdig befunden worden. Ihr Mann hatte einst ein gutgehendes Geschäft in Berlin. Es wurde zwangsverkauft wie so viele andere auch. Frau A. wartet in Kapstadt, wo sie das Glück hat, bei ihrer Tochter leben zu können, auf den Tag, an dem sie das von ihrem Mann und ihr selbst schwer erworbene Geld zurückerhält. Wird sie den Tag noch erleben?

Mit 58 Jahren zu jung ...

Dr. S. war Rechtsanwalt in Berlin. Er floh nach England und wurde Hühneraugenoperateur, denn ein Anwalt kann ohne ein nochmaliges Studium in einem fremden Land nicht praktizieren. Dr. S. und seine Frau arbeiteten schwer, um sich und ihre zwei Kinder zu erhalten. Eines Tages stellte man bei Dr. S. F.B. fest - wahrscheinlich hervorgerufen durch die ungewohnte schwere Arbeit und die schlechten sozialen Verhältnisse, unter denen die Familie leben musste. Eines der Kinder muss sich beim Vater angesteckt haben. Genau wie der Vater lag es über ein Jahr lang im Sanatorium. Vater und Kind wären in der Schweiz vielleicht genesen. Doch ein Hühneraugenoperateur, der noch dazu in den letzten Jahren seiner Krankheit das Geldverdienen seiner Frau überlassen musste, hatte nicht genug für eine kostspielige Kur. Diese Wiedergutmachung stand ihm wohl zu. Doch auch er war noch zu jung, sie schon jetzt zu erhalten. Vor ein paar Monaten starb er im Alter von 58 Jahren. Kurz vor seinem Tode bekam er einen kleinen Vorschuss auf das, was ihm einst gehörte.

Für ihn kam es zu spät. Seine Frau wird nun weiter, schwerer arbeiten müssen, um sich und die Kinder durchzubringen, bis auch sie eines Tages für alt genug befunden wird, um das zurückerstattet zu bekommen, was ihr und ihrem Mann im Namen des deutschen Volkes gestohlen worden ist.

Die Last der Emigration war zu gross

Dr. H. war ein vielversprechender Wissenschaftler in Berlin. Man sagte ihm eine grosse Zukunft voraus. Weil auch er Jude war, floh er nach England. Dort konnte er sich nie einleben. Er und seine Frau lebten in erbärmlichen Verhältnissen. Eines Tages musste er in eine Irrenanstalt eingeliefert werden. Die seelische Belastung war zu gross für ihn geworden. Seine erst 53 Jahre alte Frau ist nun in jämmerlicher Not zurückgeblieben - allein, verlassen, zu scheu, um über ihre Vergangenheit oder ihre Zukunft zu sprechen. Niemand anders hat die moralische Verpflichtung, sich ihrer anzunehmen, als der deutsche Staat, der sie vor 20 Jahren vertrieb, damals, als sie noch blühende Menschen waren.

Frau E. ist heute 65 Jahre alt. Ihr Mann starb 1937 in England. Sie lebt von der Sozialversicherung, die ihr 25 Mark in der Woche einbringt. Durch Nachtarbeit bei der Post versucht sie, ihre finanzielle Lage zu verbessern. Noch hat sie keine Entschädigung, die einen Anspruch

auf das Gehalt ihres verstorbenen Mannes darstellt, der aufgrund von Hitlers Rassengesetzen seine Arbeit verlassen musste. Auch sie scheint noch zu jung, um das zu erhalten, wofür ihr Mann einst arbeitete.

Genug der Beispiele dorer, die in Ländern aus allen fünf Kontinenten ihr Eigentum von uns fordern. Die Bundesrepublik hat es ihnen versprochen - nur noch nicht gegeben. Wie lange sollen sie noch warten? Diese Unglücklichen verloren ihr Vaterland, ihr Hab und Gut wurde ihnen geraubt, ihre Familien wurden vergast. Das geschah in geschändeten Namen unseres Volkes. Das scheint viele heute wenig zu stören. Wir gebären zwar Wirtschaftswunder, bauen neue Heere auf und wenden uns dabei ab von denen, denen wir in Brüderlichkeit, in Liebe und Demut entgegenzutreten sollten.

+ + +

Fremder für Blank?

von Reinhold Rehs MdB.

"Der Verband der Landsmannschaften arbeitet überparteilich und überkonfessionell auf heimatpolitischem, wirtschaftlich-sozialem und kulturellem Gebiet zusammen mit allen, denen die Wiedervereinigung unserer Heimat am Herzen liegt" - so heisst es in seinem wöchentlichen Mitteilungsblatt, den "Informationen".

Diese grossen und ungelösten Aufgaben genügen aber dem Vorsitzenden des Verbandes, dem CSU/CSU-Abgeordneten Baron Dr. Mantuffel-Szoegge und seiner Gruppe im Präsidium offensichtlich nicht. Nachdem diese Gruppe seit der ersten Wahl Mantuffels zum Vorsitzenden der Landsmannschaften immer eindeutiger auf Kurskorrektur gedrückt hat, geht sie jetzt offen zur Gleichschaltung der Landsmannschaften mit einer längst demaskierten und als absurdum gefärdeten "Politik der Stärke" über.

Man traut seinen Augen und Ohren nicht. In einem neuen 5-Punkte-Arbeitsprogramm des Verbandes ist an 3. Stelle "Wehrpolitik" gesetzt. Die Richtlinien, die hierüber zur Genehmigung dem Präsidium vorgelegt werden sollen, tragen zu diesem Punkt die Überschrift: "Wehrpolitik im Sinne der Errichtung einer echten und wirkungsvollen Verteidigung."

Darunter befinden sich Sätze wie:

"Wir Vertriebene müssen eine Wehrmacht verlangen, die seelisch und materiell der höchsten Anforderungen entspricht. Nachdem die USA + jetzt eine "karte" Wehrmacht, die z.T. unserem Schutze dient, errichten, entspricht es unserer Vorstellung von Pflicht und Ehre (!)

ihnen gegenüber nicht zurückzustehen."... "Die Aufstellung unserer Wehrmacht stand bisher unter keinem glücklichen Stern. Man weiss, dass infolge tatsächlicher, aber auch infolge falsch gedeuteter (!) Vorgänge der Vergangenheit unserem Wehrwesen von den verschiedensten Kreisen Misstrauen entgegengebracht wird."... "Wir wollen selbstverständlich das Primat der politischen Führung, erwarten aber von ihr eine wirkliche Führung und nicht Behinderung der militärischen Notwendigkeiten."

Man kann nur fragen: Haben diese Herren überhaupt nichts dazugelernt? Was heisst "falsch gedeutete Vorgänge"? Zu wessen Ehrenrettung soll hier eine neue Dolchstoßlegende gesponnen werden? Mit wem im Ministerium Blank haben sie diesen Angriff auf die staatsbürgerliche Selbstentscheidung und Meinungsfreiheit der Vertriebenen ausgeheckt? Was ist der Kaufpreis für diese masslose Überschreitung des legitimen Aufgaben- und Interessenbereichs der Landsmannschaften und die Annäherung, namens der Vertriebenen die Landsmannschaften zum Vortrupp der Wehrpropaganda zu stempeln?

Haben Ehrgeiz und parteipolitische Übereifer diese Herren schon so blind gemacht, dass sie nicht die verheerenden Folgen sehen, die aus einer solchen Haltung in der Meinung des Auslandes mit einem Wiederkehren alter militärischer Verdächtigungen (Froussens usw.) gerade für die heimatpolitischen Forderungen der Heimatvertriebenen eintreten müssen? Ist das Betätigungsfeld in dem eigentlichen und unbestritten berechtigten Bereich der Verbände nicht gross genug, sind die Aufgaben, die hier zu lösen sind, nicht wirklich noch schwer genug, und hat nicht das Hineinzerran der Verbände in andere staatspolitische Streitfragen die Arbeit bereits genug gelähmt?

Es ist ein Trübspielspiel mit der Führung der Vertriebenenverbände. Die Vertriebenen haben in den bitteren Jahren seit der Vertreibung und Flucht eine ausserordentliche Haltung und moralische Kraft bewiesen. Sie haben es nicht verdient, dass ihre Heimatliebe, ihr Gefühl der Schicksalsverbundenheit und ihr guter Glaube an die politische Redlichkeit und Selbstlosigkeit ihrer an der Spitze der Verbände stehenden Männer immer wieder missbraucht wird.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau